

Erika Thurner

Roma in Europa, Roma in Österreich

*Jetzt, da wir freie Menschen sind,
kommt Brüder, ran an die Arbeit,
damit auch wir zu Achtung und Ehre gelangen,
zur Wertschätzung der Roma!*
Mihai Schein, Temeswar 1989¹

Gegensätzliche Realitäten?

Roma in Österreich und ihre Vertretungen können auf zahlreiche Erfolge in den letzten zwei Jahrzehnten zurückblicken. Eine heiß umkämpfte Errungenschaft – die Anerkennung als österreichische Volksgruppe – konnte im Dezember 2013 zum 20. Mal gefeiert werden. Dagegen hat die Mehrheit der europäischen Roma wenig Grund zu Freude und Zuversicht. Deren prekäre Lebenssituation hat sich in den letzten Jahren – auch seit der Finanzkrise – in nahezu allen jüngeren EU-Ländern noch einmal drastisch verschärft. Verbale Rassismen und gewaltsame Übergriffe gehören zum Alltag und begleiten in alten und neuen EU-Ländern auch staatliche Politiken. So verweigern demokratische Rechtsstaaten ausländischen Roma längerfristigen Aufenthalt oder Asyl, auch wenn es sich um EU-Bürger oder um Kriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien handelt. Im Falle der Roma-Minderheit akzeptieren Politik und Gesellschaft Menschenrechts- und EU-Rechtsverletzungen. Während die Zivilgesellschaften in den Nationalstaaten ab-

¹ Nachsatz von Mihai Schein zu seinem 1989/90 auf Rumänisch und Romanes verfassten Gedicht „Die Märtyrer von Temeswar“, in dem er die Revolution vom Dezember 1989 thematisiert. Er war Fabrikarbeiter, wurde im Dezember 1989 aktiv gegen die kommunistische Diktatur und verfasste „zeitbezogene revolutionär – patriotische Dichtung“. Vgl. Beate Eder-Jordan, Literaturproduktion von Roma in Rumänien, in: Julia Blandfort, Marina Ortrud M. Hertrampf (Hg.), Grenzerfahrungen: Roma-Literaturen in der Romania, Berlin 2011, S. 155–158.

wartend und verhalten reagieren, wenig Solidarität zeigen, funktioniert die Diffamierung und Ausgrenzung dieser größten europäischen Minderheit auch im 21. Jahrhundert.

Alte Vorurteile, aktualisierte Rassismen und ein neuer Begriff

Ablehnung und Feindschaft gegenüber den Roma sind alte Phänomene, dagegen ist der heute in der Wissenschaft verwendete Begriff des Antiziganismus sehr jung. Er steht für eine Form des Rassismus, der wie kein anderer durch tiefe Verachtung gekennzeichnet ist und kann so als Paria unter den Rassismustypen bezeichnet werden. Unmittelbar nach der Ankunft der Roma in Europa, ab dem 14. Jahrhundert, begann die Konstruktion zigeunerfeindlicher Stereotype. Sie begleiteten gleichsam den westlichen Zivilisationsprozess. Parallel zur Herausbildung bürgerlich-kapitalistischer Strukturen erfolgte der Ausschluss jener, die sich den Zumutungen der sich formierenden Arbeits- und Disziplinierungsgesellschaft widersetzen. Die Roma wurden von den Verlockungen der Moderne kaum berührt, und sie versuchten, staatlich legitimierten Zwängen auszuweichen.²

An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert entbrannte der Diskurs darüber, wie weit die „Zigeuner“ einer „bürgerlichen Verbesserung“ unterzogen werden könnten, und ob auch für sie – so wie für die Juden – eine Emanzipation möglich sei. Die Mehrheit der damit befassten Denker und gesellschaftlichen Machtträger sprach sich klar dagegen aus. Sie setzten die Roma, die sogenannten „Zigeuner“, den „Schwarzen“ und „Wilden“ gleich. Und sie forderten für sie Zwangsmaßnahmen statt bürgerlicher Freiheiten. Nur wenige erhoben dagegen Einspruch. So z. B. der der deutschen Aufklärung verpflichtete Christian Wilhelm von Dohm. Und sein Landsmann, der Sprachwissenschaftler Johann Rüdiger, ging sogar so weit, dass er die „zigeunerfeindliche Umwelt“ für die den Roma zugeschriebenen negativen Eigenschaften verantwortlich machte. Das waren Minderheitenpositionen, die dann im 19. und 20. Jahrhundert für die darauf folgenden 200 Jahre fast gänzlich verloren gehen sollten.

Der moderne National- und Territorialstaat sorgte im Verbund mit Verwaltungsreformen (Personenerfassung, Passwesen, etc.) dafür, dass unterschiedliche Menschenkategorien geschaffen wurden: Berechtigte, Dazugehörige, Nichtberechtigte und Fremde. Die

2 Franz Maciejewski, Elemente des Antiziganismus, in: Jacqueline Giere (Hg.), Die gesellschaftliche Konstruktion des Zigeuners. Zur Genese eines Vorurteils. Frankfurt/New York 1996, S. 9–29.

weitere Ausdifferenzierung der Armen in einheimische und fremde Bettler schuf neue Inklusions- und Exklusionsbeziehungen, beförderte die einen langfristig in die Position von außerstaatlichen, rechtlosen Fremden. Der vagabundierende Hass des 18. und 19. Jahrhunderts richtete sich zunächst auf alle vermeintlich „Unproduktiven“. Erst nach und nach erfolgte die Konzentration auf die schwächste und exotischste Gruppe, auf die Roma, wobei die ökonomischen Interessen von Ausgrenzung und Vertreibung auch durch religiöse Motive überdeckt wurden.

An der Wende zum 20. Jahrhundert schürte und kanalisierte der politisch rechtlich agierende Antiziganismus im Interesse der Herrschaftssicherung Ressentiments gegenüber Roma und Sinti. Die staatlichen Anti-Roma-Politiken schufen mit eigenen Zigeunergesetzen und Erlässen – sowie durch die Etablierung einer „Internationalen Zentralstelle zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“ – Voraussetzungen und tragfähige Fundamente zur restriktiven Umsetzung nationalsozialistischer und faschistischer Verfolgungs- und Ausrottungsmaßnahmen. Unterschiedlichste Wissenschaftsdisziplinen agierten als eifrige Zuarbeiter der Politik. Sie tradierten und erweiterten die zigeunerfeindlichen Klischees und Stereotype, nährten so die ohnehin leicht abrufbaren Ressentiments der Bevölkerung über die Jahrhunderte und die politischen Systeme hinweg. Roma und Sinti – mit ihren bis in die jüngste Zeit herauf nur mündlich überlieferten Kultur- und Sprachtraditionen – hatten schon aufgrund ihrer gesellschaftlichen Randposition keinerlei Macht, diese negativen Bilder zu korrigieren oder gar außer Kraft zu setzen.

Roma – die echten Europäer?

Roma sind nicht nur die größte Minderheit in Europa. In einigen Ländern der europäischen Union sind sie auch die am meisten bedrohte Minderheit. Zwei Drittel der geschätzten zehn bis zwölf (oder auch 15) Millionen Roma leben in der Slowakei, in Tschechien, Ungarn, Bulgarien und Rumänien.³ Durch die Osterweiterung ist der Anteil der Roma-Bevölkerung im EU-Raum enorm angestiegen; die Zahlen werden durch weitere Mitgliedsländer in den kommenden Jahren nochmals in die Höhe schnellen (z. B. Serbien). Und eine Mehrheit der Roma lebt in den zentral- und süd/osteuropäischen

3 Vgl. Vera Klopčič, The Legal Status of the Roma in Eastern and Central Europe, in: Der Donauraum, Roma in Mittel- und Osteuropa, 40, 1–2 (2001), S. 74.

Ländern unter (extrem) schlechten Bedingungen. Die Lebensverhältnisse vieler gleichen Dritte-Welt-Szenarien. Roma sind nicht nur ausgegrenzt im Bildungssektor und am Arbeitsmarkt. Das Leben in ghetto- und slumähnlichen Unterkünften beraubt sie jedweder Entwicklungs- und Teilhabechancen. Und die existenzielle Unterversorgung verbündet sich mit gezielten und willkürlichen Diskriminierungsstrategien und Verfolgungsmaßnahmen.

Vom Status gleichberechtigter EU-BürgerInnen sind Roma und Romnija in diesen Ländern (meilen)weit entfernt, aber auch in den „alten“ EU-Ländern hat sich deren Situation erst in den letzten 20 Jahren verbessert. Die westlichen Demokratien ignorierten lange, allzu lange jedwedes Minderheitenrecht gegenüber Roma und Sinti und verhinderten – durch eine parallele „Politik“ der fortgesetzten Diskriminierung, Ghettoisierung und Kriminalisierung – deren gesellschaftliche Integration.⁴

Das Gegenmodell zum Westen, die sozialistische Zwangsintegration, war ebenfalls zum Scheitern verurteilt. Neben einer dort voranschreitenden „Verproletarisierung“ und „Verslumung“ konnte sich allerdings durch die partielle Gewährung begrenzter Minderheitenrechte in den Ländern des Ostblocks zumindest eine schmale intellektuelle und politische Elite herausbilden.

Allen Ländern gemeinsam, ob West oder Ost, war der Umgang mit der nationalsozialistischen und faschistischen Vergangenheit. Systematische Ausrottung und Grausamkeiten am Volk der sogenannten „Zigeuner“ wurden überall ignoriert, tabuisiert, geleugnet oder verharmlost. Die potenzierte Stigmatisierung und Kriminalisierung der Roma im Nationalsozialismus und in den diversen Ausformungen europäischer Faschismen endeten nicht mit diesen Systemen.

Negative Stereotype und Vorurteile lebten und leben – fast ungebrochen – weiter. Unterschiede in der Entwicklung und in den gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten für Roma ergaben sich in den einzelnen Ländern – und damit auch in EU-Ländern – durch eine praktizierte Doppelstrategie in der rechtlichen Einstufung: durch Zuerkennung oder Verweigerung von Bürger- und Staatsbürgerrechten. So war es maßgebend, ob Roma als „einheimische“, „ansässige Bürger“ galten oder ob ihnen diese Rechtsposition vorenthalten blieb. Jene, denen der Staatsbürgerstatus verweigert wurde (aufgrund fehlender, ihnen vorenthaltener oder im Zuge der Verfolgung gestohlener Dokumente),

4 Die Eigenbezeichnungen „Roma“ oder „Roma/Sinti“ (= Pluralformen) werden heute europa-/weltweit statt diskriminierender Fremdbegriffe verwendet. (Singular fem. = Romni, Sintiza oder Sinteza; Singular mask. = Rom, Sinto; Plural fem. Romnija, Sintize)



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES
GENERALDIREKTION
FÜR DIE ÖFFENTLICHE SICHERHEIT

XXVIII.

PA.426-4/48

Betr.: Zigeunerwesen.

An alle
Sicherheitsdirektionen und
alle
Bundespolizeibehörden.

Dem ho. Amte ist zur Kenntnis gelangt, dass das Zigeunerwesen in einigen Gegenden des Bundesgebietes wieder im Zunehmen begriffen ist und sich bereits unangenehm bemerkbar macht. Um auf die Bevölkerung Eindruck zu machen, sollen sich Zigeuner oftmals als KZ-ler ausgeben.

Soweit die Voraussetzungen nach der Ausländerpolizeiverordnung gegeben erscheinen und die Möglichkeit einer Ausserlandschaffung besteht, wäre gegen lästige Zigeuner mit der Erlassung eines Aufenthaltsverbotes vorzugehen und ihre Ausserlandschaffung durchzuführen.

Im Übrigen ist nachdrücklich zu versuchen, die Zigeuner im Wege des Arbeitsamtes zu einer Arbeit zu vermitteln.

Da die erfolg-reiche Durchführung dieser Massnahmen naturgemäss auf Schwierigkeiten stösst, wäre den Zigeunern und ihren Reisebewegungen ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden. Die Abwanderung einzelner Personen oder einer grösseren Anzahl aus einer Gegend in eine andere ist wahrzunehmen und die Behörde, in deren Amtsberäich sie vermutlich zuziagen, hievon zu verständigen.

Über die im Gegenstande gemachten Wahrnehmungen, sowie über die Anzahl der im do. Amtsberäich befindlichen Zigeuner wolle fallweise anher berichtet werden.

20. September 1948
Für den Bundesminister:
K r e c h l e r

Für die Richtigkeit der Ausfertigung:

58

Dies ist das meist zitierte Dokument in Arbeiten über Roma in Österreich nach 1945. Es wurde erstmals in der Dissertation der Verfasserin publiziert und entstammt einem Aktenbestand aus dem Innenministerium. An die Auflage, auf keinen Fall dieses Dokument zu veröffentlichen, konnte sich Erika Thurner im Interesse der Sache nicht halten. Bildnachweis: Aktenbestand BMI Zl.84-426-4/48 vom 20.9.1948

sahen sich mit Verfahrens- und Behandlungsweisen konfrontiert, die auf nomadisierende, staatenlose Roma oder „ausländische Zigeuner“ abstellten. Dies bedeutete für die Betroffenen ein Leben in völliger Rechtlosigkeit. Aber auch gegenüber anerkannten Roma-Staatsbürgern wurden – systematisch und/oder willkürlich – Ausgrenzung und Diskriminierung in allen zentralen Lebensbereichen praktiziert.⁵

Die Schaffung von unterschiedlichen „Rechts“-Kategorien führte zur Aufspaltung der Roma-Bevölkerung (= Heterogenisierung, Identitätsverlust und Entsolidarisierung), sowohl in den einzelnen Nationalstaaten als auch innerhalb von Europa. Der drohende Ethnozid – die eingeleitete und umgesetzte Zerstörung spezifischer Roma-Sozialordnungen, begleitet von Kultur- und Sprachverlust – setzte allerdings auch identitätsstiftende Mechanismen frei. So formierten sich in nahezu allen europäischen Ländern Roma-Bewegungen, vereinzelt bereits ab den 1950er-/1960er-Jahren, vor allem aber ab den 70er- und in den 80er-Jahren des 20. Jahrhunderts. Dieses Engagement in West und Ost mündete in der Gründung von nationalen und transnationalen Eigenorganisationen, fast überall allerdings mit Unterstützung von „außen“, durch Nicht-Roma.

Die „staatssozialistische Domestizierung“ hatte zwar in erster Linie auf Zwangsassimilation und auf mögliche Vollintegration gesetzt, dennoch war nur ein kleiner Bruchteil dieser Programme realisiert worden. Die Mehrheit der in diesen Ländern stark anwachsenden Roma-Community lebte am Rand der Gesellschaften. In einigen Ländern wuchs der Anteil der Roma gegen zehn Prozent der Gesamtbevölkerung an (bspw. in der Slowakei oder Ungarn).⁶ Dennoch kamen bestimmte Demokratisierungselemente und Einrichtungen der kommunistischen Gesellschaften vereinzelt auch Roma zugute; so im Rahmen des Bildungssystems oder durch die Zuordnung bestimmter Arbeitsplätze und Unterkünfte. Parallel dazu bzw. als Konsequenz daraus entstanden ein spezifisches Engagement und Forderungen. Roma mischten sich in Politik und Gesellschaft ein, sowohl mit Eigenorganisationen als auch als politische Funktionäre oder als intellektuelle Autoritäten. In jenen Ländern, in denen Roma eine rechtliche Sonderstellung durchsetzen konnten (in Provinzen und Teilrepubliken Jugoslawiens, in Ungarn etc.), hatte es sich allerdings nur um einen begrenzten Minderheitenstatus gehandelt. Als sogenannte

5 Vgl. Erika Thurner, Die Veränderung der rechtlichen Lage der Roma in Europa. Ein Vergleich der wichtigsten Trends in EU-Mitgliedstaaten und in europäischen Nicht-EU-Ländern, in: Vera Klopčič/ Miroslav Polzer (Hg.), Wege zur Verbesserung der Lage der Roma in Mittel- und Osteuropa, Ethnos: Bd. 54, Wien 1999, S. 34ff.

6 Aufgrund von Maximalschätzungen leben in den südosteuropäischen Ländern zwischen 3,5 und 10 Prozent Roma, wie Anm. 3.

„ethnische Gruppe“ waren sie auch in diesen Ländern gegenüber anderen „nationalen Minderheiten“ benachteiligt gewesen. Dennoch konnten Roma-Intellektuelle und Roma-Sprecher ab 1989 für westliche Demokratien als Impulsgeber und Vorbilder wirksam werden.

Zusammenbruch des Staatssozialismus: Roma als Sündenböcke

Das Ende des Kommunismus war für die Mehrheit der Roma von einer Welle von Negativ-Ereignissen begleitet. Sofort nach Fall des „Eisernen Vorhangs“ verloren viele Roma ihre Arbeitsplätze in den staatseigenen (Industrie-)Betrieben. Sie wurden zur Zielscheibe von Aggressionen in unterschiedlicher Intensität in den einzelnen Ländern. Pogrome und Übergriffe – und dadurch ausgelöste Flüchtlingsströme der Roma-Minderheit in den Westen – waren keine spektakulären Zwischenfälle, sondern brutale Alltagserscheinungen in fast allen Reformländern.⁷ Verliefen die Umbruchstage und Neustrukturierungen auch sehr unterschiedlich, je nach Ausprägung bereits existenter oder erwachender Zivilgesellschaften, entwickelten sich romophobe Haltungen bald zum einigenden Band. Das kann, muss aber nicht verwundern. Denn überall gab es „zigeunerfeindliche“ Strukturen. Stereotype, Klischees, Vorurteile und Ressentiments waren nahezu reflexiv abruf- und reaktivierbar.

Roma, die in der Umbruchsphase – durch den Verlust ihrer Jobs oder den Wegfall bescheidenster Existenzsicherungsmittel und zuvor garantierter Mindestversorgung – ohnehin alle Härten der Transformation zu spüren bekamen, wurden als diffamierte „Un-Produktive“ nicht nur Zielscheibe verbaler Aggression. Tätliche Angriffe und Gewaltexzesse fanden in nahezu jedem Transformationsland statt. Rumänien setzte im Winter 1989 eine Serie von Pogromen in Gang. Unter Beteiligung und Hilfestellung von Staatsgewalt wurden Roma-Siedlungen niedergebrannt, Treibjagden auf wehrlose Menschen veranstaltet. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Ex-Jugoslawien, in nahezu jedem ehemaligen Ostblock-Land. NGOs und

7 Vgl. Publikationen der Helsinki-Watch-Federation (z. B. *Destroying Ethnic Identity, The Persecution of Gypsies in Romania*, A Helsinki Watch Report, September 1991); Berichte aus: *Pogrom*. Zeitschrift für bedrohte Völker, Göttingen sowie aus „Roma Rights“, Newsletter of the European Roma Rights Center, Budapest, 1980er-Jahre ff.; Renata M. Erich, Roma in den ehemaligen kommunistischen Staaten Ost- und Südosteuropas, in: Mozes F. Heinschink/ Ursula Hemetek (Hg.), *Roma – das unbekannte Volk*, Wien/Köln/Weimar 1994, S. 30ff.

Roma-Rights-Organisationen berichteten von erschreckenden Vorfällen. Grobe Menschenrechts- und Minderheitenrechtsverletzungen, einschließlich zahlreicher Mord- und Totschläge, wurden von den westlichen Demokratien und ihren Medien damals nur am Rande registriert. Maximal kleine Insidergruppen interessierten sich dafür, dass gegenüber Roma die grundlegendsten zivilisatorischen Werte außer Kraft gesetzt wurden. Und dies passierte nicht nur von Seiten rechtsextremer Kräfte und aufgebrachtener Umsturzverlierer. Auch nach Demokratie strebende Regierungsverantwortliche suchten im Schlag Schatten gewalttätiger und lautstarker „Zigeunerjagden“ nach praktikablen Lösungen, um den Roma-Anteil in ihren Ländern zu reduzieren bzw. der eigenen Romabevölkerung staatsbürgerliche Rechte vorzuenthalten. So in Slowenien bei den ersten freien Wahlen 1990. Damals wurden Roma von den Wahlurnen ferngehalten.⁸

Auch in der Tschechischen Republik war der demokratische Aufbruch von der parallelen Abrechnung mit der Roma-Bevölkerung überschattet – und dies, obwohl der erste Präsident, Vaclav Havel, versuchte, dem aufbrechenden Hass entgegen zu treten.⁹ Anlässlich der Teilung der Slowakei und Tschechien in zwei unabhängige Staaten, ab 1. Januar 1993, wurde den Roma verdeutlicht, dass sie in ihrem Land unerwünscht sind. Über 100.000 während der kommunistischen Ära von der Ost-Slowakei in die böhmischen Braunkohlenreviere umgesiedelte Roma gerieten durch das Nationalitätengesetz von 1994 zwischen zwei Staaten. Der tschechischen Staatsbürgerschaft beraubt, wurden sie zu „Staatenlosen“ deklariert bzw. der in dieser Phase extrem nationalistisch aufgeladenen „Meciar-Slowakei“ zugeschoben.¹⁰

Die Reaktion zahlreicher Romafamilien darauf: die Flucht in den Westen. Viele hatten Großbritannien als Reise- und Zufluchtsziel ausgewählt. Die Ankunft im Zielland scheiterte allerdings viel zu oft an den vorinformierten Grenzorganen.¹¹ Nicht nur England machte seine Grenzen dicht, der Westen reagierte generell ablehnend auf Flucht-

8 Bei der Vorbereitung der Volkszählung 2001 ignorierten die Behörden der Slowakei den Minderheitenstatus der Roma, „vergaßen“ sie in den Formularen.

9 Vaclav Havel versuchte immer wieder zu kalmieren und unterstützte 1995 einen symbolischen Akt gegen die tschechische Romophobie. Am 13. Mai 1995 wurde in Pisek ein Roma-Mahnmal enthüllt, zum Gedenken an die Verfolgungs- und Vernichtungsoffer während Faschismus und Nationalsozialismus, in: Neznamy Holocaust, hg. von Hanna Fristenka u. a., Praha 1995.

10 Erika Thurner, Eine Zeitbombe tickt – EU-Osterweiterung zur Entschärfung des europäischen Roma-Problems, in: Der Donauraum, wie Anm. 3, S. 88; International Helsinki Federation for Human Rights, annual report of activities 1993/94, S.45ff.; Profil Nr. 33, 13.8.1994, S. 50ff.; vgl. auch: Joana Radzyner, Vor den Toren Europas – Die „Visegrad“-Staaten und die Menschenrechte, in: Zeitgeschichte, 25. Jg., H. 3/4, Innsbruck/Wien, März/April 1998, S. 104ff.

11 Thurner, wie Anm. 10, S. 90.

bewegungen. Dass Roma auch schon lange vor dem kommunistischen Zusammenbruch Überlebenschancen in anderen Ländern suchten (bspw. jugoslawische, aber auch rumänische Roma migrierten schon vor 1989 in Großgruppen nach Italien), hat die Situation nicht entschärft, vielmehr den Handlungsbedarf im „Westen“ als gerechtfertigt eingestuft. Die Angst vor der Armut der Fremden machte Politik und Bevölkerung in den Zufluchtstaaten blind für die Gefahren, denen ein Teil dieser Flüchtlinge ausgesetzt waren. Politische Bedrohung als Motiv wurde nahezu gänzlich ignoriert. So auch für die von den Jugoslawien-Kriegen in vielfacher Weise betroffenen Roma.¹² Sie wurden als „Wirtschaftsflüchtlinge“ und „Habenichtse“ deklariert, und diese Flüchtlings-Roma störten die Ordnung der zusehends am Wohlfahrtsstaatsabbau arbeitenden und in den Neoliberalismus einschwenkenden EU-Länder. Da wurde mit erhöhtem Grenzschutz oder mit erweiterten Visa-Bestimmungen gearbeitet, da kam es zur Verschärfung von Asylgesetzen, da verhandelten legitimierte Regierungen um halblegale Machenschaften (z. B. durch Abschlagszahlungen oder Flüchtlings-Los-Kauf-Aktionen).¹³

So entwickelten sich alte und neue Antiziganismen nicht nur zum einigenden, identitären Muster in den Transformations-Ländern; romafeindliche Haltungen entwickelten sich zum kulturellen Code der europäischen Mehrheitsgesellschaften. Die Umfrage-Ergebnisse aus den diversen EU-europäischen Ländern, wer die am stärksten abgelehnten Nachbarn sind (60 bis 80 Prozent Ablehnung), sind für Betroffene niederschmetternd: „Im ersten Moment, wenn man solche Umfrage-Ergebnisse hört, ist man wütend, dann muss man die Wut als große Kraft nützen ...“, so die Reaktion der ungarischen EU-Politikerin Viktória Mohácsi auf eine im Februar 2009 veröffentlichte Studie. Während in dieser Untersuchung 81 Prozent der befragten Ungarn eine negative Einstellung gegenüber Roma offenlegten, ermittelte eine im Jahre 2010 fertiggestellte deutsche Studie, dass Roma – im Vergleich zu anderen „Fremdgruppen“ (Einwanderer, Muslime, Juden, Schwarze) – „interessanterweise vor allem in Deutschland, Frankreich, Großbritannien

12 RomNewsNetwork/<http://www.romnews.com>: Roma demonstrate against continuing violence in Kosovo and for their right to stay, 26.2.2000; Informationen von Mozes Heinschink, zit. n. Beate Eder-Jordan, Die nationalsozialistische Rassen- und Vernichtungspolitik im Spiegel der Literatur der Roma und Sinti, in: Der nationalsozialistische Genozid an den Roma Osteuropas, hg. von Felicitas Fischer von Weikersthal u.a., Köln/Weimar/Wien 2008, S. 117ff.

13 Italien verhandelte bezüglich Abschlagszahlungen mit Rumänien, um die Rückführung rumänischer Roma in ihr Herkunftsland zu erwirken; Großbritannien intervenierte in Polen und beteiligte sich an Hilfsprojekten, um die polnische Roma-Migration nach England zu stoppen. Vgl. Elisabeth Hussl, Roma-Politiken in Polen, Diplomarbeit, Innsbruck 2010, S. 125.





Entgegen EU-rechtlicher und internationaler Vorgaben zur Roma-Inklusion und Ent-Segregation sind in zahlreichen (jüngeren) EU-Ländern räumliche Separierung und Ausgrenzung im Alltag durchaus aktuell. So existieren in Schulen getrennte Klassen- und Pausenräume oder aber auch Gaststätten – so wie hier in der Slowakei. RomNija werden nur in abgetrennten, hässlichen „Gast“zimmern geduldet. Bildnachweis: Stefan Benedik

und Italien besonders unbeliebt [sind], während sie in Portugal, Ungarn und Polen im Mittelfeld der Antipathie liegen¹⁴.

Zukunftshoffnung: Europäische Union

In Vorbereitung der ersten EU-Osterweiterung wurden die Roma schließlich auf die politische Agenda gesetzt. Die Angst vor noch größeren Fluchtbewegungen – und mög-

14 „Europäische Zustände“, Ergebnisse einer Studie über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Europa, Universität Bielefeld, E-Mail-Information von Beate Küppers, 26.2.2010; vgl. zudem Umfrage-Ergebnisse aus „Eurobarometer zu Rassismus“ 1990ff, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_special_en.htm; Sabine Adler, Leben am Rande der Gesellschaft, http://www.deutschlandfunk.de/leben-am-rande-der-gesellschaft.724.de.html?dram:article_id=99240 (Zugriff 9.1.2014); dROMa 21/2009.

lichen sozialen Aufständen – hat die Institutionen der Europäischen Union und andere internationale Akteure dazu gebracht, das Roma-Thema nicht nur ernst zu nehmen, sondern zeitweilig dem „Roma-Problem“ auf europäischer Ebene sogar Priorität einzuräumen. Die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, davor KSZE) sowie der Europarat hatten schon seit den 1980er-Jahren das Thema fokussiert, doch mehr öffentliches Echo haben schließlich die Aktivitäten der EU-Institutionen hervorgerufen.¹⁵ Durch die jährlich verfassten Kommissions-Berichte zur Situation von Menschen-(und auch Roma-)Rechten sowie zur Lage von Minderheiten in den einzelnen EU-Beitrittskandidatenländern wurden den bis dahin gering beachteten – vor allem von NGOs recherchierten – Zustandsberichten endlich mehr Interesse entgegengebracht.

Dass die Vermeidung fremden- und romafeindlichen Verhaltens zum Aufnahmekriterium erklärt wurde (Kopenhagener Kriterien, 1993), schlug sich zunächst selten in den Alltagserfahrungen der Betroffenen nieder. Dennoch wurde einigen Ländern offen damit gedroht, ihre EU-Aufnahme in Frage zu stellen und den möglichen Beitrittstermin – aufgrund von romafeindlichen Vorfällen – zu gefährden. So wurden 1994 kurzfristig die Verhandlungen mit der Slowakei auf Eis gelegt, so wurde im Oktober/November 1999 Druck auf Tschechien ausgeübt. War doch in der nordböhmischen Kleinstadt Ústí nad Labem eine Mauer errichtet worden, die die örtliche Roma-Siedlung zum abgesperrten Ghetto werden ließ.¹⁶ Erst nach wochenlangen Interventionen gelang es der tschechischen Regierungsspitze die involvierten Kommunalpolitiker zu einer entlastenden Lösung zu motivieren. Die Mauer wurde schließlich demontiert und einem Museum überantwortet. Dagegen konnten die im Ort überschwappenden rassistischen und verbohrtten Haltungen erst nach und nach – zumindest oberflächlich – eingedämmt werden.

Vieles verblieb im Ankündigungsstatus. Aber das Agieren der EU-Kommission rief Romavertreter auf den Plan, befürchteten sie doch, dass dadurch noch mehr Aggressionen auf die Roma gelenkt werden. Die Romabevölkerung in den entsprechenden Ländern setzte große Hoffnung auf einen EU-Beitritt, – Hoffnung auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage, aber vor allem Hoffnung, um dem täglich anwachsenden Antiziganismus zu entkommen. Und dies, obwohl nicht wenige die Situation in den „alten

15 Vgl. div. Beiträge in: Europäische Roma – Roma in Europa, Berliner Blätter, Ethnographische und ethnologische Beiträge, 39 (2006) (bes. Michi Knecht und Reetta Toivanen, Miranda Vuolasranta, Judith Okely); sowie: Klopčič, The Legal Status, wie Anm. 3, S. 71–83.

16 Thurner, wie Anm. 10.

Ländern“ der EU kannten, von Roma-Abschiebungen aus dem EU-Raum wussten oder selber schon betroffen waren.

Tatsächlich soll(te) vom Zivilisationsprojekt Europa und entsprechenden EU-Geldern auch die Roma-Bevölkerung profitieren. Zahlreiche Integrations- und Unterstützungsprojekte stellen darauf ab, sowohl offenen als auch subtilen Segregations-, Ghettoisierungs- und Ausgrenzungsmaßnahmen in allen zentralen Gesellschaftsbereichen entgegenzuwirken. Neben neu installierten Gremien und bewusstseinsbildenden Maßnahmen wurde und wird konkrete strukturelle finanzielle Intervention betrieben.¹⁷

Ein Ergebnis von bewusstseinsbildenden Bemühungen gipfelte in der 1995 beschlossenen Unterlassung von bis dahin (parallel) verwendeten Begrifflichkeiten („Zigeuner“, „Gypsies“, etc.). Die seither für alle – doch auch sehr heterogenen – Gruppen empfohlene Sammelbezeichnung „Roma“ hat sich mittlerweile durchgesetzt. Dies war sowohl eine pragmatische als auch eine politische Entscheidung. Die Pragmatik überzeugt: auch gegen anderslautende Wünsche erleichtert ein subsumierender Begriff die Kommunikation und damit die politische Arbeit.¹⁸ Daneben ging es darum, die von Roma/Sinti abgelehnten, negativ aufgeladenen Fremdbezeichnungen zu vermeiden. In Deutschland hat sich der Vorsitzende des Zentralrats für Sinti und Roma, Romani Rose, bereits in den 1980er-Jahren darum bemüht, bei Zuwiderhandlung strafrechtliche Verfolgung zu erwirken. Dagegen wird die jeweilige Fremdbezeichnung (z. B. Tsigane in Frankreich oder Cigany in Ungarn) nicht von der ganzen Community abgelehnt; entweder ist die Negativ-Konnotation in einigen Ländern tatsächlich abgeschwächt oder aber Teilen der Roma-Bevölkerung gar nicht (mehr oder noch nicht) bewusst.¹⁹ Hierbei handelt es sich um Bewusstseinsprozesse, von denen nicht alle gleichzeitig erfasst wurden. Die Aufforderung zur strikten Ablehnung der Fremdbezeichnungen kam sozusagen von „oben“, wurde von Roma-VertreterInnen oder AktivistInnen vorgegeben. Akademische Zirkel fungier(t)en dabei als MultiplikatorInnen.

Außerdem haben sich Europarat und EU-Institutionen darum bemüht, qualifizierte Roma aktiv in die Tätigkeiten einzubinden. So wurde u.a. 2004 das „Europäische Forum der Roma und Fahrenden (ERTF)“ beim Europarat in Straßburg eingerichtet, ein

17 Rainer Klien, EU 2011 – Banken retten, Roma versklaven und Flüchtlinge vertreiben!, http://www.sosmitmensch-bgld.at/materialien/texte/EU_2011.htm (Zugriff 9.1.2014).

18 Europäische Roma, wie Anm. 15, S. 7.

19 Interviews mit österreichischen/europäischen Roma/Sinti, ab 1984ff., audiovisuelle Quellen: Tonband-/Video-Interviews im Besitz der Verf.

Beratungsorgan für Europarat und für die EU. Eine Führungsfunktion ist seit Jahren mit Miranda Vuolasranta besetzt, einer engagierten, aber auch sehr traditionsbewussten finnischen Romni. Ihre optimistische Einschätzung zum Zeitpunkt ihrer Funktionsübernahme 2004: „Das Forum ist die erste Gelegenheit, die es jemals während unserer 700jährigen Geschichte in Europa gab, bei der die Roma den Staatsführern und Repräsentanten gleichgestellt sind, dass sie bei Fragen, die ihre Stellung betreffen, mitentscheiden können.“²⁰

In den EU-Gremien sind Roma schon länger präsent, wenn auch in minimaler Anzahl. Erstmals schaffte es mit Juan de Dios Ramírez-Heredia 1994 (bis: 1999) ein Spanier ins EU-Parlament, und 2004 entsandte Ungarn sogar zwei Romnija nach Brüssel: Lívía Járóka und Viktória Mohácsi. Beide Frauen, jung und akademisch gebildet, waren keine expliziten Roma-Vertreterinnen, engagierten sich dennoch für diverse Roma-Anliegen. Und sie gerieten auch im EU-Parlament zur Zielscheibe rassistischer und sexistischer Angriffe²¹, vor allem dann, wenn sie gegen den sich radikalisierenden Antiziganismus in ihrem Land auftraten.²² Während die politische Karriere der Liberalen Mohácsi 2009 endete, ist Járóka nach wie vor aktiv. Dem Fidesz-Mitglied wurden mit der ungarischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2011 zusätzliche Roma-Agenden übertragen. Sie zeichnet maßgeblich für die von der EU-Kommission ausgerufene Roma-Strategie mitverantwortlich, die bis zum Jahr 2020 die gesellschaftliche Inklusion der Roma-Minderheit in allen EU-Mitgliedsländern voranbringen soll. Zudem könnte Járóka in diesem Zeitraum beweisen, dass sie nicht nur eine Feigenblatt-Funktion für die rechtspopulistische und romafeindliche Politik ihrer Volkspartei Fidesz erfüllt. Intelligente, nachhaltige Programme sind von fundamentaler Bedeutung, gefordert ist aber auch Járókas mutiger Einsatz, um Jobbik-Akteure und andere rechtsextreme Scharfmacher in die Schranken zu weisen.²³

20 Interview mit M. Vuolasranta, im Jahre 2004, in: Europäische Roma, wie Anm. 15, S. 124.

21 Der bulgarische Abgeordnete Dimitar Sojanow von der ultranationalistischen Partei Ataka attackierte Járóka und sorgte im EU-Parlament für Aufregung.

22 V. Mohácsi wurde – nachdem sie sich kritisch über die sehr „zurückhaltenden“ Ermittlungen der Polizei äußerte und die Hinterbliebenen der Mordopfer aufsuchte – durch anonyme Briefe und Anrufe massiv bedroht; sie musste Polizeischutz in Anspruch nehmen. Nach den Wahlen 2009 hatte sie kein Mandat mehr, hat Ungarn inzwischen verlassen und in Kanada um Asyl angesucht.

23 The Parliament. Politics, Policy and People Magazine, Issue 327, 2 May 2011, S. 18–26.

Österreich – Vorbild in der Roma-Politik?

Wurde von den zentral- und süd/osteuropäischen Beitrittskandidatenländern die Integration bzw. Verbesserung der Lebensverhältnisse ihrer Roma gefordert, so wurde selten ein altes/westliches EU-Land als Vorbild und Modell für gelungene Roma-Integration präsentiert. Tatsächlich war es nahezu allen europäischen Ländern bis in die jüngste Zeit herauf kein besonderes Anliegen, durch romafreundliche Politik aufzufallen. Faktum war vielmehr, dass es bei Ab- und Rückschiebungen, Räumung und Zerstörung von nicht legalen Sammelplätzen kaum Sanktionen von Seiten der EU gab. Desinteresse und Wegschauen waren zudem bestimmend, dass Roma in keinem Land einen besonderen Rechtsstatus hatten. Die Anerkennung von Roma (Roma/Sinti) als ethnische, sprachliche und/oder kulturelle Minderheiten kann bis Ende der 1980er-Jahre als absolutes Randthema bezeichnet werden. Zudem hatte die zeithistorische Beschäftigung mit dem NS-„Zigeuner“-Holocaust in den ehemaligen NS-Verfolgungsländern, Deutschland und Österreich, erst sehr spät begonnen. Diese Auseinandersetzung, ab Anfang der 1980er-Jahre eingeleitet, war aber die Voraussetzung für die Akzeptanz und Anerkennung der Roma in den Opfer- und Gedenkgesellschaften, war eine Grundvoraussetzung gesellschaftspolitischer Maßnahmen und bewusstseinsbildender Aktivitäten.²⁴

Als Österreich 1995 in die Europäische Union aufgenommen wurde, war es das erste und zunächst noch einzige EU-Land, in dem die autochthonen Roma Volksgruppenstatus vorweisen konnten. Das in Bezug auf seine Minderheiten eher restriktive Österreich hat hierbei Deutschland und Italien überholt, obwohl in beiden Ländern die Forderungen und Diskussionen um die Minderheitenposition von Roma/Sinti damals schon weiter vorangeschritten waren.²⁵ Die in Österreich durchgeboxte Gleichstellung mit den

24 Die erste vorurteilsfreie Aufarbeitung im deutschen Sprachraum stammt von der österreichischen Widerstandskämpferin und Historikerin Selma Steinmetz, *Österreichs Zigeuner im NS-Staat*. Monographien zur Zeitgeschichte, Wien/Frankfurt/Zürich 1966; für die Bundesrepublik: Tilman Zülch (Hg.), *In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt*, Reinbek bei Hamburg 1979; vgl. des Weiteren: Erika Thurner, *Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich*. Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte 2, Wien/Salzburg 1983 (seit 1998 liegt eine US-amerikanische Übersetzung vor: *National Socialism and Gypsies in Austria*. Updated and expanded Edition. Edited and translated by Gilya Gerda Schmidt, Foreword by Michael Berenbaum, *Survivor of the Shoah* Visual History Foundation Washington, The University of Alabama Press, Tuscaloosa and London 1998), sowie die umfassende Aufarbeitung von Michael Zimmermann, *Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunernfrage“*, *Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte* 33, Hamburg 1996.

25 In Deutschland erfolgte die Anerkennung als ethnische Minderheit 1995 (bzw. 1998), vgl. Wolfgang Wippermann, *Vom langen Schlaf ermuntert*, in: *Europäische Roma*, wie Anm. 15, S. 81; in Italien wurden die Roma 1995 zumindest „als 13. und letzte Sprachminderheit“ in die Gesetzesvorschläge zur Umsetzung des Verfassungsartikels 6 einbezogen, vgl. dazu: Mirella Karpati, *Kampf um Anerkennung*, in: *Pogrom*, 26, 186 (1995/96), S. 19.



Erika Thurner mit Aktenfunden im Innenraum des ehemaligen Kommandanturgebäudes des „Zigeuner-Lagers“ Lackenbach im Burgenland. 1981 stand der Abbruch des Hauses bevor. Da passierte etwas, wovon HistorikerInnen nicht einmal zu träumen wagen. Thurner konnte einen riesigen Berg von Schriftstücken am Täterort auffinden. Es bedurfte allerdings der tatkräftigen Unterstützung von Freunden, ging es doch darum, Wände und Dachgebälk einzureißen, um den dort aufbewahrten (1945 versteckten?) Nachlass der NS-Lagerleitung zu sichern. Neben ca. 300 Karteikarten konnten unterschiedlichste Schriftstücke geborgen werden. Dieser „wertvolle“ Fund extrem verstaubter und zerschlissener Dokumente ermöglichte eine umfassende Rekonstruktion dieses Lagerkosmos, des größten nur für „Zigeuner“ eingerichteten Zwangsarbeitslagers auf österreichischem Boden.* Danach – nach Säuberung, systematischer Aufbereitung und Verwendung für die eigene Dissertation – übergab die Verfasserin diesen Quellenbestand dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes in Wien.** Einige der Fundstücke wurden bei der Ausstellung „Romane Thana“ (Februar bis Mai 2015) im Wien-Museum präsentiert. Bildnachweis: Privatarchiv Erika Thurner

* Erika Thurner: Roma, Sinti und Jenische in Österreich. Die langen Schatten des (Ver)Schweigens, in: Gaismair-Jahrbuch 2012, Demokratie – Erinnerung – Kritik, hg. v. Martin Haselwanter, Lisa Genslückner, Monika Jarosch u.a., Innsbruck 2011, S. 100.

** Siehe Erika Thurner, Nationalsozialismus und Zigeuner in Österreich. Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte 2, Wien/Salzburg 1983, S. 6 sowie 60 Seiten Anhang.



Das ehemalige Kommandanturgebäude. Aufnahme aus den 1960er-Jahren. Bildnachweis: DÖW Wien



1984 wurde ein erstes Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Roma und Sinti im burgenländischen Lackenbach errichtet. Im Bild: Der Wiener Sinto Josef Fojn bei der Enthüllung des Roma-Gedenksteines in Lackenbach im Oktober 1984. Bildnachweis: Privatarhiv Erika Thurner



Bundespräsident Rudolf Kirchschläger bei der offiziellen Gedenkfeier in Lackenbach, Oktober 1984.
Bildnachweis: Privatarhiv Erika Thurner

anderen fünf anerkannten Volksgruppen war im Dezember 1993 erfolgt. Dieser wichtige Schritt in Richtung gesellschaftliche Aufwertung und rechtliche Besserstellung der kleinen österreichischen Roma-Bevölkerungsgruppe (geschätzte 0,01 bis 0,03 Prozent der Gesamtbevölkerung) passierte damals allerdings ohne großes Medien-Echo.²⁶

Dagegen lenkte ein schreckliches Ereignis, geschehen im Februar 1995, nicht nur das nationale, sondern internationales Interesse auf die Lebensverhältnisse von Roma in Österreich. Ein Rohrbombenanschlag in Oberwart, bei dem vier junge Roma wenige Meter von ihrer Siedlung entfernt ermordet wurden, war das zweite und größte politische Attentat in der Zweiten Republik. Durch diesen Vorfall kamen ignorierte Fakten und Versäumnisse erstmalig ans Licht. Reporterteams und JournalistInnen aus der ganzen Welt strömten ins Burgenland und berichteten über die dort existierende Roma-Siedlung. Hässliche, bis dahin kaum gekannte Österreich-Bilder gingen damals um die Welt. Damit

26 Rudolf Sarközi, „Wir sind Österreicher“, in: Geschriebenstein, Sondernummer, 22/23 (1995), S. 8; ders., Roma. Österreichische Volksgruppe. Von der Verfolgung bis zur Anerkennung, Klagenfurt/Celovec 2008, S. 37ff.

wurde ein verdrängter Teil österreichischer Geschichte und Realität öffentlich. Die bis dahin weitgehend ignorierte Existenz von Roma in Österreich (geschätzte 12.000 bis 25.000), die jahrzehntelange Tabuisierung der Geschichte ihrer nationalsozialistischen Verfolgung (mit nur 15 Prozent Überlebenden), ihre viel zu spät erfolgte Anerkennung als NS-Opfer.²⁷



Stefan Horvath wurde durch das traumatische Erlebnis des Bombenattentats – er hat damals seinen Sohn Peter verloren – zum Schriftsteller („Ich war nicht in Auschwitz“ 2003, „Katzenstreu“ 2008). In „Atsinganos“ 2013 bearbeitet er literarisch die Entwicklung der Oberwarter Siedlungen, liefert biografische Skizzen von BewohnerInnen und beschreibt den Existenzkampf von NS-Überlebenden und ihrer Nachkommen.

Bildnachweis: Horst Horvath, Oberwart

Erstmalig in der Geschichte der Roma gab es 1995 allerdings Anteilnahme am erlittenen Leid: Empörung über die Mordfälle, die Teilnahme der gesamten österreichischen Bundesregierung am Begräbnis der Ermordeten, Interesse für die Benachteiligungen dieser

²⁷ Beiträge in: Geschriebenstein (1995), wie Anm. 26.

verschwiegenen, in die Anonymität gedrängten Minderheit. Zusicherungen von Seiten der Politik, in Zukunft Diskriminierungen entgegenzusteuern und integrative Schritte zu setzen, wurden zwar nicht umgehend realisiert, das Faktum, dass viele Roma auch in Österreich unter prekären Existenzbedingungen leben, aber nicht mehr ignoriert. Dafür sorgten zum einen die durch das Volksgruppengesetz erworbenen Möglichkeiten: so die Einrichtung eines eigenen Volksgruppenbeirates für Roma; die Gründung und Etablierung von Eigenorganisationen sowie die Einbindung von Roma-Vertretern in den Dachverband des Österreichischen Volksgruppenzentrums in Wien.

1989 bis 2009: 20 Jahre Roma-Bewegung in Österreich

Ab Sommer 1989 formierten sich die ersten Roma-Vereine, die die Basis für den vom Volksgruppengesetz erforderlichen Nachweis lieferten, dass Roma eine „in Teilen des Bundesgebietes wohnhafte Minderheit sind, die die österreichische Staatsbürgerschaft, aber eine eigene Muttersprache und eigenkulturelles Volkstum besitzen“. Damals wagten erst wenige Roma den Schritt in die Öffentlichkeit, agierten mit Vorsicht und Angst – Angst, dass sie durch ihr eigenes Outing als Roma ihren oder den Arbeitsplatz von Familienmitgliedern gefährden, dass sie – durch ihr Engagement – Aufmerksamkeit auf sich und ihre Verwandtschaft ziehen und letztlich Benachteiligungen für alle riskieren. Befürchtungen, die zu innerfamiliären Auseinandersetzungen führten und die auch von unterstützenden Nicht-Roma durchaus ernst genommen wurden.

Unterstützung erhielten aufbruchsbereite Roma in Österreich nicht nur von Einzelpersonen und AktivistInnen aus unterschiedlichsten Sozialbewegungen (von der entstehenden Zivilgesellschaft), sondern auch durch Roma-Eliten aus Süd-Osteuropa. Dies erfolgte bei internationalen Tagungen, dies erfolgte durch aus dem Osten geflohene und migrierte Roma, die die bis dahin „defensive Westszene“ belebten.

Das erste Produkt dieser Aktivitäten, der im Juli 1989 im Burgenland gegründete „Verein Roma Oberwart“, setzte sich aus Roma jeden Alters zusammen – Überlebende des NS-Holocaust, Nachkriegsgeborene, aber auch junge Roma aus der Enkelgeneration. Sie alle wollten das Leben im Verborgenen, das Identitätsversteckspiel, die Zurückweisungen der Gesellschaft nicht mehr akzeptieren – auch um die Gefahr, sich noch größere Ächtung einzuhandeln:

Es waren junge Roma, die vor 20 Jahren in den Oberwarter Diskotheken Lokalverbot erhielten. Sie trafen sich dort vorwiegend an Wochenenden. (...) Es genügte nur die dunkle Hautfarbe. Eine Gruppe dieser Jugendlichen ließ sich dies nicht gefallen und brachte eine Beschwerde beim damaligen Bundespräsidenten ein. (...) Tatsächlich hat es dieses Lokalverbot gegeben. Aber was viel schwerer wog, war die leidvolle Erfahrung einer damals jungen Roma-Gruppe, die endlich was unternehmen wollte gegen Abstempelung und Ausgrenzung.²⁸

Dies war der Anfang. Weitere Vereinsgründungen folgten: 1991 „Romano Centro“ sowie der „Kulturverein österreichischer Roma“, beide mit Sitz in Wien. Noch 1993 konnte sich in Villach kurzfristig ein erster Sinti-Verein etablieren (bis zum Tod des Obmanns Hugo Taubmann). 1998 ist das Gründungsjahr des „Vereins Ketani“ in Linz. Dieser oberösterreichischen Einrichtung ging es zum einen darum, auch und vor allem die bis dahin kaum berücksichtigten Sinti/Roma im westlichen Österreich zu vertreten, aber auch beratend und unterstützend Roma-Flüchtlingen in der Region zur Seite zu stehen, so die Vereinsgründerin und langjährige Geschäftsführerin Rosa Martl.²⁹ Zudem erweitert seit 2004 der „Verein Roma-Service“ in Kleinbachtal (Obmann: Emmerich Gärtner-Horvath) den Output und die Reichweite von kulturell-sprachlichen Tätigkeiten im Burgenland. Heute publiziert nahezu jeder Verein periodisch (vierteljährlich) sein eigenes Medium. Die ein- oder zweisprachigen Zeitungen (Romanes/Deutsch) verstehen sich als Informationsorgane für Roma-Communities ebenso wie für alle Interessierten in den Mehrheitsgesellschaften.³⁰

Die Anfangsphase war durch die Bemühungen rund um die Volksgruppen-Anerkennung geprägt, getragen vom „Verein Oberwart“ und vom „Kulturverein österreichischer Roma“, aber auch unterstützt von „Romano Centro“.³¹ Schon damals, 1989 und in den Folgejahren, setzten sich alle Institutionen ein breites Betätigungsfeld. Soziale sowie schul-, bildungs- und arbeitsmarktpolitische Bedürfnisse hatten zunächst Priorität, er-

28 Romani Patrín 2, 2009, S. 7.

29 Jahresberichte der Vereine; Materialiensammlung der Verf.

30 Zeitschriften der Vereine: Romano Kipo, Romano Centro, Romani Patrín und dROMa. Berichte und Analysen zu den Vereinen und ihren Organen in: Iris Höller, Die Bedeutung der österreichischen Roma- und Sinti-Vereine für die Integration der Volksgruppe in die Gesellschaft, Diplomarbeit, Innsbruck 2005; Nadine K. Bischof, Roma und Sinti in der medialen Öffentlichkeit in Österreich, Diplomarbeit, Innsbruck 2008.

31 Durch die Einbindung des Romano Centro in alle Aktivitäten, auch in jene rund um die Volksgruppenanerkennung, versuchten die AktivistInnen, die durch das Volksgruppengesetz gesetzte Spaltung – zwischen autochthonen Roma und MigrantInnen – zu verkleinern.



Rosa Gitta Martl, Gründerin des Linzer Vereines „Ketani“, bei der Verleihung des „Goldenen Verdienstzeichens der Republik Österreich“ im Oktober 2013 durch den oberösterreichischen Landeshauptmann Josef Pühringer (rechts im Bild; links: LHStv. Josef Ackerl). Bildnachweis: Verein Ketani, Linz

folgten aber immer in Parallelität mit den diversen kulturellen und soziohistorischen Aktivitäten. Re-Ethnisierung, Revitalisierung und Kodifizierung von Kulturgut und Sprache, die Auseinandersetzung mit Geschichte und Vergangenheit – zur Identitätsfestigung nach innen, zur Hebung des Selbstwertgefühls nach außen.³² Mittlerweile sind weitere Vereine entstanden, die sich mit Kultur, Sprache und/oder Bildungsaufgaben befassen (z. B.: Romano Drom, Voice of Diversity, Verein der Volkshochschule der burgenländischen Roma).

Das neue öffentliche Auftreten von Roma hat mehrere Fakten deutlich gemacht:

- die Heterogenität der in Österreich lebenden Roma-Bevölkerung;
- die bis dahin auch von InsiderInnen unterschätzte Anzahl der in Österreich lebenden Roma. D. h. es gab wenig Wissen über den Roma-Anteil in den MigrantInnen- und

32 Vgl. dazu die Diplomarbeiten von Höller und Bischof, wie Anm. 30.

Flüchtlingsmilieus. Tatsächlich weist eine Mehrheit der Roma in Österreich Migrationshintergrund auf, das bedeutet: die Alteingesessenen – die autochthonen Roma – sind Minorität in der Minderheit.

- Weiteres Faktum: ein Teil der Roma-Bevölkerung ist – aufgrund erfolgreicher Berufsverläufe – durchaus integriert/teilintegriert und lebt überdurchschnittlich gut.
- Keine neue Erkenntnis, aber nach wie vor aktuell: viele Roma – vor allem die „Gastarbeiter-Roma“ – machen ihre Zugehörigkeit zur Ethnie nicht öffentlich.
- Eine Vielzahl von Kindern und Jugendlichen – unabhängig davon, ob sie sich als Roma zu erkennen geben – ist im Bildungs- und Ausbildungsprozess benachteiligt. Deren überproportionale Abschiebung in Sonderschulen hat/te auch in Österreich Tradition und kann als Begleitmotiv für schlechte Berufsaussichten gewertet werden.

Österreichische Roma-AktivistInnen und anerkannte Leitfiguren

Entsprechend den Hierarchien – sowohl in der Roma- als auch in der Mehrheitsgesellschaft – haben in der Anfangsphase vorwiegend Männer die Vereinsgeschäfte geführt und Führungspositionen für sich reklamiert. Die Rekrutierung des „Personals“ war weder Ritual noch ausgeklügeltes System, sondern erfolgte sehr pragmatisch. Wer da war und aktiv werden wollte, hatte Chancen. Schon deshalb, weil die Roma weder auf eine Bildungselite, noch auf Honoratioren oder auf Menschen mit Erfahrungen in allgemeinen politischen Vertretungskörpern zurückgreifen konnten. Nur ein einziger Rom hat seine politischen Erfahrungen und entsprechendes Know-how in den neuen Aktivitätsraum Volksgruppen- und Minderheitenpolitik eingebracht: Rudolf Sarközi – 1944 im NS-Anhaltelager Lackenbach als Sohn eines Wiener Sinto und einer burgenländischen Romni geboren. Sarközi war vor seinem Outing als Rom jahrzehntelang in der sozialistischen Gewerkschafts- und Parteipolitik sowie in der Wiener Gemeindepolitik engagiert, zunächst als Leiter einer SPÖ-Sektion; ab März 2001 Bezirksrat im 19. Wiener Gemeindebezirk. Durch seine Zugehörigkeit zur gleichen Parteisektion, der auch der SPÖ-Kanzler Bruno Kreisky und später Franz Vranitzky angehörten, geriet Sarközi nah an politische Einflussphären. Dies gab ihm die Möglichkeit – sozusagen auf gleicher

Augenhöhe, – von Genosse zu Genosse wichtige Anliegen der österreichischen Roma an die richtigen politischen Orte zu tragen.³³

Daneben konnten all diejenigen, die in den bewegten Wochen und Monaten, seit dem Sommer 1989, zur Stelle waren, sich einbringen und nach und nach auch Positionen besetzen. Trotz eingeschliffener patriarchaler Muster waren es nicht wenige Frauen, die sich im Prozess des „Learning by doing“ vereins- und gesellschaftspolitisches Können aneigneten. Hohe Einsatzbereitschaft, Verlässlichkeit, Durchsetzungs- und Beharrungsvermögen von Frauen und Männern, von Roma und Nicht-Roma, haben dazu geführt, dass „20 Jahre Roma-Bewegung“ in Österreich als Erfolgsgeschichte gefeiert werden konnte.

„Wir haben viel erreicht, aber die Herausforderungen sind nicht kleiner geworden“, so der allgemeine Tenor anlässlich der „Oberwarter Jubiläumstagung“.³⁴ Susanne Baranyai, Gründungsmitglied, langjährige Obfrau und heute Berufs- und Sozialpädagogin im Verein Roma, verweist auf die veränderte Bildungssituation der Kinder. Die systematische Bildungsverweigerung für Roma-Kinder gehört der Vergangenheit an. Durch die angebotene außerschulische Lernbetreuung in Oberwart und den Abbau von Vorurteilen konnte erreicht werden, dass kein einziges Roma-Kind aus der Region die Sonderschule besucht. „Matura und Studium sind für unsere Jugend keine unüberwindbaren Barrieren mehr.“³⁵ Die kulturelle Präsenz und das über Sprachprojekte und -kurse gewonnene Selbstbewusstsein stehen ganz oben auf der Positivbilanz. Dagegen zählt die erst z. T. gelungene Integration von Roma in den (regionalen) Arbeitsmarkt zu den weiterhin großen Herausforderungen, zumal die jüngere Wirtschaftsentwicklung (Neoliberalismus, Finanzkrise) bereits Funktionierendes erneut erschüttert.

Erich Schneller, unterstützender Nicht-Rom seit den frühen 1980er-Jahren, schreibt im Editorial der Zeitschrift „Romani Patrin“ (2/2009):

Vor zwei Jahrzehnten ging ein Ruck durch die Welt. Europa wurde neu geordnet. Und auch im Burgenland fiel eine Mauer. Die Gründung des Oberwarter Romavereins war der Anfang vom Ende der Ausgrenzung und Selbstverleugnung einer ganzen Volksgruppe. Auch wenn es seither immer wieder Ver-

33 Sarközi, Roma. Österreichische Volksgruppe, wie Anm. 26.

34 Geburtstagsfest im Vereinshaus, in: Romani Patrin, 2 (2009), S. 4–9.

35 Ebd. S. 9.

suche gegeben hat, diese Mauer wiederzuerrichten, es wird nie wieder so sein wie vorher.³⁶

Diese erfolgreiche Entwicklung spiegelt sich in so mancher Biographie von Roma-AktivistInnen wider. So konnte sich bspw. Susanne Baranyai in Verbindung mit ihren Vereinsfunktionen auch beruflich qualifizieren. Nicole Sevik, schon früh durch das Engagement ihrer Mutter, Rosa Gitta Martl, politisiert, führt heute die Vereinsgeschäfte von „Ketani“. Beide Frauen arbeiten zudem als KZ-Guide in Mauthausen und sind gefragte Referentinnen in der Jugend- und Erwachsenenbildung. Eine andere Romni, Mirjam Karoly, unterstützt nicht nur die Volksgruppenarbeit der Roma in Österreich (2014 wurde sie schon zum dritten Mal in den Volksgruppenbeirat gewählt), sondern hat es bereits auf internationales Parkett geschafft. Im Jahr 2007 wurde sie zur OSZE-Beraterin für Minderheiten/Roma-Fragen in Priština ernannt, 2009 übernahm sie eine entsprechende Funktion in Warschau. Die Politikwissenschaftlerin hat es sich zum Ziel gesetzt, die gesellschaftliche Integration von Roma-Frauen, deren stärkere Sichtbarkeit und Berücksichtigung in der Politik voranzutreiben. Für sie selbst – als gebildete jüngere Frau – gilt es als normal, Positionen in Politik und Öffentlichkeit zu übernehmen. Dennoch weiß sie sehr wohl, dass sie als Frau vorsichtig und diplomatisch agieren muss, um den männlichen (Allein-)Vertretungsanspruch in Schach zu halten.³⁷

Mit viel Diplomatie und Charme haben in der Vergangenheit ältere Romnija gearbeitet, um traditionelle Grenzen zu überschreiten und den Gang in die Öffentlichkeit zu wagen. Die 1933 geborene, aus einer Familie reisender Lovara stammende Ceija Stojka war die erste österreichische Romni, die ihre KZ-Erinnerungen zu Papier brachte und 1988 mit Unterstützung von Karin Berger publizierte. Damit beging sie damals mehrere Tabubrüche, outete sich als Angehörige der Roma und betrat als Frau einen öffentlichen Raum, der ihr – als Frau, als Romni – nicht zustand.³⁸ Tatsächlich hat sie durch ihr literarisches und künstlerisches Engagement viel dazu beigetragen, die Mauer des Schweigens und der Abgrenzung zu Fall zu bringen. Im Oktober 2009 wurde sie als erste Romni mit dem Professor-Titel ausgezeichnet. Vor ihr erhielten diesen österreichischen Berufstitel

36 Romani Patrin, 2 (2009), S. 3.

37 Interview mit M. Karoly, in: Romano Centro, 65/66 (2009), S. 18–21.

38 Beate Eder-Jordan, Nachwort zur tschechischen Ausgabe von Ceija Stojkas „Wir leben im Verborgenen“: Beate Eder-Jordan, Celistvost uměleckého díla Ceiji Stojky, in: Ceija Stojka: Žijeme ve skrytu. Vyprávění rakouské Romky, Prag 2008, S. 115–125. Manuskript im Besitz der Verf. C. Stojka verstarb Ende Januar 2013 in Wien.

bereits drei Männer aus der Roma-Community: Ceijas verstorbener Bruder, der Maler Karl Stojka, sowie Rudolf Sarközi. Diese symbolische Aufwertung wurde zudem Mozes F. Heinschink zuteil, Romafreund und international anerkannter Fachmann für Sprache und Kulturen der Roma.³⁹

In Volksgruppen-Fragen ziehen alle an einem Strang, pflegen gute Kontakte zu den anderen Gruppen und zum zuständigen Referat im österreichischen Bundeskanzleramt. Ein kleiner, nicht nur Roma betreffender Erfolg: Im Jahr 2000 wurde „das Faktum der historisch gewachsenen kulturellen, sprachlichen und ethnischen Vielfalt“ in die Verfassung eingeschrieben und damit der Erhalt auch der autochthonen Minderheiten als österreichisches Staatsziel formuliert.⁴⁰

Nationale Roma-Strategien – ein Gebot der Stunde

In den letzten Jahren stellt der stärker werdende Antiziganismus nationale und internationale Politiken vor neue Herausforderungen. Die prekären Verhältnisse in den neuen EU-Mitgliedstaaten lassen auch die „alten Länder“ nicht zur Ruhe kommen. Überall steigt die Anzahl von Zuwanderern und Flüchtlingen. Die Mehrheit stammt aus Rumänien und Bulgarien, viele kommen aus der Slowakei, aus Polen oder Ungarn. Vor allem rumänische Roma wählen Italien und Frankreich als Zielländer. Hierbei wirkt die Sprachverwandtschaft – Rumänisch ist eine romanische Sprache – als wichtiges Motiv. Doch die Politik in diesen Ländern reagiert abweisend: ethnische Stigmatisierung und Zwangsausweisungen sorgten EU-weit für Aufsehen. Während im Sommer 2008 eine Fingerprint-Aktion in Italien durch internationale Protestnoten gestoppt wurde⁴¹, verhinderte im August 2010 das Einschreiten der EU-Kommission Massenabschiebungen aus Frankreich. Der damalige französische Präsident Nicolas Sarkozy musste sich vor der Kommission verantworten und zur Kenntnis nehmen, dass nicht die Roma – zu diesem

39 Der Romist und Autodidakt Mozes F. Heinschink ist mit seinem großen Wissen nicht nur der beste Kenner der österreichischen Roma-Sprachen und Dialekte, seine Kenntnisse und Erfahrungen gehen weit über den süd-/südosteuropäischen Raum hinaus, reichen z. B. in die Türkei hinein. Obwohl ein Gadscho (Nicht-Rom), wird er von den Roma als einer der ihren angesehen. Vgl. „70 Jahre Mozes Heinschink“, in: *Romano Centro*, 65/66 (2009), S. 8–11.

40 Art. 8 der österr. Bundesverfassung. Bericht der Republik Österreich gemäß Art. 25 Abs. 1 des Rahmenabkommens zum Schutz nationaler Minderheiten, Wien, 30. Juni 2000, S. 3.

41 Zuständig war Innenminister Robert Maroni/Lega Nord im Kabinett Berlusconi IV.

Zeitpunkt bereits EU-Bürger – französisches oder europäisches Recht verletzen. Vielmehr sah sich Frankreich veranlasst, weitere Zwangsrückführungen einzustellen, um ein EU-Vertragsverletzungsverfahren abzuwenden.

Durch diese öffentliche Maßregelung der „Grande Nation“ und die Beharrlichkeit von Justizkommissarin Viviane Reding wurden nicht nur Frankreich, sondern auch anderen Mitgliedstaaten Grenzen aufgezeigt.⁴² Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass eine Anything-goes-Politik gegenüber der Roma-Minderheit einen Höhepunkt überschritten hatte, und dass Anti-Roma-Rhetorik in der offiziellen Politik nicht mehr toleriert wird.

Stattdessen trat die nationale Roma-Strategie auf den Plan, ein EU-umspannendes Vorhaben, das die Inklusion der Roma in ihre Gesellschaften zum Ziel hat. Die überwiegende Mehrheit im EU-Parlament stimmte dem von der ungarischen Abgeordneten Livia Járóka vorgelegten Entwurf zu⁴³, der Rat empfahl seine dringliche Umsetzung und die europäische Grundrechte-Agentur überwacht die Durchführung⁴⁴.

Finanzielle Interventionen (EU-kofinanzierte Projekte) hat es schon bisher gegeben. Bei dieser nationalen Strategie ist zwar auch viel Geld im Spiel, doch eine ausgeklügelte Konzeption fordert die Mitgliedstaaten zur Selbstverpflichtung auf und bindet unterschiedlichste AkteurInnen auf allen politischen Ebenen – und ganz zentral und partizipativ – auch Roma-VerehrerInnen in die Projektgestaltung und deren Umsetzung ein. Bis 2020 sollen erste positive Bilanzen präsentiert werden. Ein (fast zu) großes Vorhaben, das nur bei parallel gesetzter intensiver Aufklärungs- und Antidiskriminierungsarbeit gelingen kann.

42 Schon vor der „Frankreich-Affäre“, seit ihrem Amtsantritt als Vizepräsidentin der Kommission, hat Reding der Roma-Integration hohe Bedeutung beigemessen, konnte aber – durch die Ignoranz nationaler PolitikerInnen – wenig bewirken. Schon deswegen setzte sie ab 2010 das Thema ganz oben auf die politische Agenda, verpflichtete EU-Kommission, Parlament und nationale Regierungen zum Handeln. Vgl. Roma-Inclusion. United in diversity, in: The Parliament. Politics, Policy and People Magazine, Issue 327, 2 May 2011, S. 18–27.

43 Damals übernahm Ungarn die Ratspräsidentschaft und überantwortete Livia Járóka die Ausarbeitung des Strategieplanes.

44 Zur Tätigkeit der Grundrechte-Agentur: The situation of Roma in 11 EU Member States. Survey results at a glance, Luxembourg, Publications Office of the European Union, 2012.



1988, noch bevor das Wissen um den NS-Holocaust in Österreich weite Verbreitung fand, wurde das Schicksal von Sidonie Adlersburg vom österreichischen Schriftsteller Erich Hackl in seinem Roman „Abschied von Sidonie“ öffentlich gemacht. 1990 folgte die Verfilmung „Sidonie“ (Regie Karin Brandauer). Sidonie, 1933 auf der Landstraße bei Altheim/OÖ. geboren, wurde ihren Pflegeeltern weggenommen, um sie 1943 gemeinsam mit ihrer Herkunftsfamilie, die sie nie kennengelernt hatte, ins KZ zu verfrachten. Sidonie starb kurz nach der Ankunft in Auschwitz. In Sierning-Letten, der Heimatgemeinde der Pflegeeltern, gibt es heute einen Sidonie-Adlersburg-Kindergarten und am Vorplatz dieses berührende Denkmal von Gerald Brandstötter. Im Bild: Erich Hackl im Mai 2010 anlässlich einer Studienexkursion. Bildnachweis: Beate Eder-Jordan





Dieses Sidonie-Faltbild hängt in dreifacher Ausführung in der zentralen Aula der Fachhochschule für Soziales in Linz, entworfen und gestaltet von Elisa Treml. Sie war Gewinnerin eines von der Kunstuniversität Linz 2005 veranstalteten Wettbewerbs. Die Idee zum Projekt stammt von Frau Professor Marianne Gumpinger, Leiterin des Studienganges Soziale Arbeit. Die drei großen Faltbilder – eine Ansicht zeigt jeweils das Gesicht von Sidonie, die andere gezeichnete Kinderporträts – beherrschen die Aula als ständige Wandinstallation. Bildnachweis: Fachhochschule Oberösterreich, Linz.